



An die Kolleginnen und Kollegen
in den Medien

Telefon 0 30 / 4 08 06 - 4100
Zentrale 0 30 / 4 08 06 - 0
Fax 0 30 / 4 08 06 - 4199

Email s.rudat@aekb.de
nicht für Dokumente mit
elektronischer Signatur

www. aertztekammer-berlin.de

Berlin, 4. Mai 2010
9/2010

Presseerklärung

Arzneimittelstudien: Ärztekammer Berlin fordert Register und unabhängigen Finanzierungsfonds

**Kammerpräsident Jonitz warnt vor Studienmanipulationen durch die Pharmaindustrie
und einer Lockerung des Werbeverbotes für Arzneimittel**

Der Präsident der Ärztekammer Berlin, Dr. med. Günther Jonitz, fordert die Einrichtung eines bundesweiten Registers für Arzneimittelstudien. Die pharmazeutische Industrie sollte dazu verpflichtet werden, darin alle Studien offenzulegen, die im Laufe der Produktentwicklung vorgenommen wurden – auch solche, die abgebrochen oder bislang nicht veröffentlicht worden sind. Zudem sollten in jedem Fall sämtliche Rohdaten der verfügbaren Studien mitarchiviert und damit öffentlich zugänglich gemacht werden, um auch im Nachhinein Studienergebnisse von außen überprüfen zu können. *„Ärzte und Patienten haben einen Anspruch auf vollständige, umfassende und verständliche Informationen. Die Straßenbeleuchtung ist auch nicht dort abgeschaltet, wo es gefährlich wird“*, so der Kammerpräsident.

Gleichzeitig sprach sich Jonitz für einen Fonds zur unabhängigen Finanzierung von Arzneimittelstudien nach italienischem Vorbild aus. In Italien sind die dort tätigen Pharmaunternehmen verpflichtet, 5 Prozent ihres jährlichen Werbeetats in einen Fonds (AIFA) einzuzahlen, aus dem unabhängige Studien finanziert werden. Allein in den ersten drei Jahren des Bestehens des Fonds kamen so jährlich rund 45 Millionen Euro zusammen. *„Mögliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine derartige Sonderabgabe ließen sich sicherlich durch einen breiten politischen Konsens beseitigen“*, zeigte sich der Kammerpräsident überzeugt.

Jonitz bezieht sich mit seiner Forderung auf eine jetzt veröffentlichte Analyse der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft (ÄkdÄ) (Schott et al., Deutsches Ärzteblatt 16 und 17/2010). Sie zeigt, dass Studien, die von der Industrie finanziert werden, weit häufiger ein

.../2

für den Hersteller günstiges Ergebnis zur Wirksamkeit des untersuchten Produktes haben als aus anderen Quellen finanzierte Studien. Zudem werden Ergebnisse den Autoren der Analyse zufolge häufig zugunsten des Sponsors interpretiert, obwohl die Datenlage dies bei genauer Betrachtung nicht hergibt. Dadurch, dass der größte Teil aller Arzneimittelstudien industriefinanziert ist, bedeutet dies über die Zeit eine tendenzielle Zunahme positiver Ergebnisse. Gerade in zusammenfassenden Übersichtsarbeiten zum Nutzen eines Arzneimittels kann dies zu erheblichen Verzerrungen der Ergebnisse führen. „Mit einem Studienregister hingegen hätten Pharmahersteller deutlich größere Probleme, die für sie ungünstigen Ergebnisse zu verschweigen“, unterstrich Jonitz.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der aktuellen Studie der AkdÄ warnte der Kammerpräsident erneut davor, das Werbeverbot für Arzneimittel auf europäischer Ebene zu lockern. Das umstrittene Gesetz, das im September im Europäischen Parlament diskutiert wird, sei gänzlich ungeeignet für eine bessere Aufklärung von Patienten. „Interessensneutrale Information und Gewinnstreben schließen sich naturgemäß aus. Denn die Pharmaindustrie ist – anders als sie selbst oft darstellt – nicht dem Allgemeinwohl verpflichtet, sondern primär ihren Aktionären“, ergänzte Jonitz.

ÄRZTEKAMMER BERLIN
PRESSESTELLE

Sascha Rudat
Pressesprecher
Tel 030 / 40 80 6-4100,
s.rudat@aekb.de

Sybille Golkowski
Stellvertretende Pressesprecherin
Tel. 030/ 40 80 6-4102
s.golkowski@aekb.de